

Streitwertkatalog für die Sozialgerichtsbarkeit

[Stand: 1. 4. 2007]

Mitgeteilt von MATTHIAS WILLERSINN, Richter am Landessozialgericht Rheinland Pfalz

Überarbeitung des von der Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der Landessozialgerichte am 16. 5. 2006 auf Vorschlag des Landessozialgerichts Rheinland-Pfalz beschlossenen Streitwertkatalogs 2006 (abgedruckt in JurBüro Heft 4/2007*; – Anm. der Redaktion):

A. Vorbemerkungen

1. Der **Streitwert** (Wert des Streitgegenstandes; § 3 des Gerichtskostengesetzes – GKG –) ist auch in den Verfahren vor den Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit maßgebend für die Höhe der gerichtlichen Kosten (Gebühren und Auslagen). Kosten werden nur in den Verfahren erhoben, in denen § 197 a des Sozialgerichtsgesetzes (SGG) anzuwenden ist (§ 1 Abs. 1 Nr. 4 des GKG).
2. Für die Festsetzung der **Höhe des Streitwerts** gilt grundsätzlich:
 - a) Der Streitwert ist nach der sich aus dem Antrag des Klägers für ihn ergebenden Bedeutung der Sache nach Ermessen zu bestimmen (§ 52 Abs. 1 GKG).
 - b) Bietet der Sach- und Streitstand für die Bestimmung des Streitwerts keine genügenden Anhaltspunkte, ist ein Streitwert von 5.000 € anzunehmen (§ 52 Abs. 2 GKG; Regelstreitwert [BSG, 20. 10. 2004 – B 6 KA 15/04 R –; 1. 2. 2005 – B 6 KA 70/04 B –]; auch: Auffangwert [BSG, 28. 2. 2006 – B 2 U 31/05 R –; 9. 5. 2006 – B 2 U 34/05 R –; LSG Schleswig-Holstein, 14. 3. 2006 – L 4 KA 3/04 –; Hartmann, Kostengesetze, 36. Aufl., § 52 Rn. 17]).
 - c) Betrifft der Antrag des Klägers eine bezifferte Geldleistung oder einen hierauf gerichteten Verwaltungsakt ist deren Höhe maßgebend (§ 52 Abs. 3 GKG).
 - d) In Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes nach § 86 b SGG bestimmt sich der Streitwert nach § 52 Abs. 1 und 2 GKG (§ 53 Abs. 3 Nr. 4 GKG).
 - e) Werden Ansprüche auf wiederkehrende Leistungen dem Grunde oder der Höhe nach geltend gemacht oder abgewehrt, ist der dreifache Jahresbetrag der wiederkehrenden Leistungen maßgebend, wenn nicht der Gesamtbetrag der geforderten Leistungen geringer ist (§ 42 Abs. 1 GKG).

Ist die Höhe des Jahresbetrags nicht nach dem Antrag des Klägers bestimmt oder nach diesem Antrag mit

vertretbarem Aufwand bestimmbar, ist der Streitwert nach § 52 Abs. 1 und 2 GKG zu bestimmen (§ 42 Abs. 3 S. 2 GKG).

- f) Sind außer dem Hauptanspruch noch Nebenforderungen (z.B. Zinsen, Kosten) betroffen, wird der Wert der Nebenforderungen nicht berücksichtigt (§ 43 Abs. 1 GKG).

Sind Nebenforderungen ohne den Hauptanspruch betroffen, ist der Wert der Nebenforderungen maßgebend, soweit er den Wert des Hauptanspruchs nicht übersteigt (§ 43 Abs. 2 GKG).

Sind die Kosten des Rechtsstreits ohne den Hauptanspruch betroffen, ist der Betrag der Kosten maßgebend, soweit er den Wert des Hauptanspruchs nicht übersteigt (§ 43 Abs. 3 GKG).

- g) Für die Wertberechnung ist der Zeitpunkt der den jeweiligen Streitgegenstand betreffenden Antragstellung maßgebend, die den Rechtszug einleitet (§ 40 GKG). *Nach teilweiser Erledigung des Rechtsstreits ist für die danach anfallenden Gebühren ein geringerer Streitwert anzusetzen (Hartmann, Kostengesetze, 36. Aufl., § 52 Rn. 13; LSG Rheinland-Pfalz, 13. 3. 2007 – L 5 B 373/06 KNK –).*

3. Der Streitwert ist sogleich mit der Einreichung der Klage-, Antrags- oder Rechtsmittelschrift oder mit der Abgabe der entsprechenden Erklärung zu Protokoll **vorläufig festzusetzen** (§ 63 Abs. 1 S. 1 GKG).

Spätestens nach Abschluß des Verfahrens ist der Streitwert **endgültig festzusetzen** (§ 63 Abs. 2 GKG).

Diese Festsetzungen sind auch für die Gebühren des Rechtsanwalts maßgebend (§ 32 Abs. 1, § 3 Abs. 1 S. 2 des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes – RVG –).

4. Der Streitwertkatalog soll dazu beitragen, die Maßstäbe der Festsetzung des Streitwerts zu **vereinheitlichen** und die Entscheidungen der Gerichte **vorhersehbar** zu machen.

Der Streitwertkatalog ist eine **Empfehlung** auf der Grundlage der Rechtsprechung der Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit unter Berücksichtigung der einschlägigen Rechtsliteratur. Die Empfehlungen sind Vorschläge ohne verbindliche Wirkung für die Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit.

5. Der Streitwertkatalog wird in regelmäßigen Zeitabständen aktualisiert und fortgeschrieben werden. Zuständig hierfür ist das Landessozialgericht Rheinland-Pfalz.

B. Allgemeines; Verfahrensrecht

1.	Grundsätzliches
1.1	<i>Für die Anwendung des § 197 a SGG ist auf die Stellung eines Beteiligten im jeweiligen Rechtszug abzustellen. Ein Kostenprivilegiertes hat auch dann keine Gerichtskosten zu tragen, wenn er in seiner ursprünglichen Rolle als Beigeladener in einem Prozeß zwischen Nichtprivilegierten Rechtsmittel einlegt. Diese Kostenprivilegierung erstreckt sich dann auch auf einen nicht privilegierten Rechtsmittelführer (BSG, 13. 4. 2006 – B 12 KR 21/05 B –; 29. 5. 2006 – B 2 U 391/05 B –); vgl. auch B.5.5.</i>

* Änderungen in der hier abgedruckten Neufassung sind kursiv gesetzt.

1.2	<i>Versicherter gem. § 183 S. 1 SGG ist – unabhängig vom Ausgang des Verfahrens – jeder Beteiligte, über dessen Status als Versicherter gestritten wird. Auch wenn der Beteiligte die vom Versicherungsträger behauptete Versicherteneigenschaft bestreitet, gilt der insoweit allgemeine Rechtsgedanke des § 183 S. 3 SGG (BSG, 5. 10. 2006 – B 10 LW 5/05 R-).</i>
1.3	<i>Die Kostenprivilegierung des § 183 S. 1 SGG entfällt bei einem Beteiligtenwechsel vor dem Beginn des Rechtszuges; vgl. auch § 183 S. 2 SGG (BSG, 3. 8. 2006 – B 3 KR 24/05 R-).</i>
1.4	Für die Festsetzung des Streitwerts ist die sich aus dem Antrag des Klägers für ihn ergebende Bedeutung der Sache maßgebend, d.h. in der Regel das wirtschaftliche Interesse an der erstrebten Entscheidung (§ 52 Abs. 1 GKG; BSG, 5. 10. 1999 – B 6 Ka 24/98 R-).
1.5	Der mittelbare wirtschaftliche Wert eines endgültigen oder vorläufigen Prozeßerfolgs ist bei der Streitwertfestsetzung nicht zu berücksichtigen (BSG, 9. 5. 2000 – B 6 Ka 72/97 R-).
1.6	Bei Musterverfahren sind die wirtschaftlichen Folgewirkungen für andere Klageansprüche nicht zu berücksichtigen (BSG, 25. 9. 1997 – 6 RKA 65/91 -).
1.7	Die Höhe des Streitwerts unterliegt nicht der Dispositionsfreiheit der Beteiligten (arg. § 61, § 63 Abs. 1 S. 1, Abs. 2 S. 1 GKG).
2.	Feststellungsklage
2.1	<i>Der Streitwert ist grundsätzlich niedriger als der Streitwert der Leistungsklage (Bay. LSG, 15. 7. 2005 – L 3 B 154/05 KA -). Bei einer Feststellungsklage, die mit einer Leistungsklage gleichwertig ist, bemisst sich der Streitwert nach dem Betrag, den der Kläger letztlich erstrebt. Ein Abzug ist nicht vorzunehmen (BSG, 5. 10. 1999 – B 6 Ka 24/98 R -).</i>
3.	Beseidungsklage
3.1	Der Wert des Streitgegenstandes beträgt drei Viertel bis zur Hälfte des Streitwerts der »Hauptsache« (Hälfte: SG Stuttgart, 30. 12. 1999 – S 10 KA 6840/99 W-A -; drei Viertel: LSG Niedersachsen-Bremen, 31. 1. 2000 – L 5 B 197/98 KA -, LSG Schleswig-Holstein, 22. 9. 2003 – L 6 SF 22/03 SG -).
4.	Untätigkeitsklage
4.1	Der Wert des Streitgegenstandes beträgt 10 bis 25 v.H. des Streitwerts der »Hauptsache« (LSG Rheinland-Pfalz, 11. 8. 1994 – L 3 Sb 19/94 -).
5.	Klage-/ Antragshäufung
5.1	Richtet sich eine Klage gegen mehrere Beklagte, so ist der Streitwert auf ein Mehrfaches des wirtschaftlichen Wertes für den Kläger (§ 39 Abs. 1 GKG; BSG, 8. 4. 2005 – B 6 Ka 60/04 B -), hilfsweise auf ein Mehrfaches des Regelstreitwertes festzusetzen.
5.2	Ein hilfsweise geltend gemachter Anspruch wird mit dem Hauptanspruch zusammengerechnet, soweit über ihn entschieden wird (§ 45 Abs. 1 S. 2 GKG).
5.3	<i>Bei subjektiver Klagehäufung kommt es nicht auf die Anzahl der Prozeßrechtsverhältnisse, sondern darauf an, ob mehrere unterschiedliche Streitgegenstände vorliegen (BSG, 14. 9. 2006 – B 6 KA 24/06 B -; 19. 9. 2006 – B 6 KA 30/06 B -).</i>
5.4	<i>Ist bei teilbarem Streitgegenstand nur ein Teil kostenprivilegiert, so ist bei der Kostenentscheidung nach den Streitgegenständen zu differenzieren. Dies gilt sowohl bei einer objektiven Klagehäufung als auch bei einer Eventualklagehäufung (BSG, 27. 7. 2006 – B 3 KR 6/06 B -; 26. 9. 2006 – B 1 KR 1/06 R-).</i>
5.5	<i>Ist bei unteilbarem Streitgegenstand ein kostenrechtlich Privilegierter Hauptbeteiligter, gilt für die jeweilige Instanz einheitlich die Regelung für Kostenprivilegierte. Dies gilt auch bei subjektiver Klagehäufung mit einem nicht Kostenprivilegierten (BSG, 29. 5. 2006 – B 2 U 391/05 B -; 26. 7. 2006 – B 3 KR 6/06 B; 26. 9. 2006 – B 1 KR 1/06 R-).</i>
6.	Beigeladene
6.1	Für Beigeladene ist grundsätzlich der Antrag des Klägers maßgebend. Eine gesonderte Streitwertfestsetzung ist zulässig (BSG, 19. 2. 1996 – 6 RKA 40/93 -). Der Streitwert darf jedoch nicht höher als der für die Hauptbeteiligten festgesetzt werden (BSG, 25. 11. 1992 – 1 RR 1/91 -).
7.	Einstweilige Anordnung
7.1	<i>Bei Regelungsanordnungen nach § 86 b Abs. 2 SGG: Der Streitwert beträgt ein Viertel bis zur Hälfte des Streitwerts der Hauptsache je nach deren wirtschaftlicher Bedeutung. Bei Vorwegnahme der Hauptsache ist in der Regel der volle Streitwert festzusetzen.</i>
7.2	<i>Bei Verfahren nach § 86 a Abs. 2 Nr. 1 SGG: ein Viertel des Hauptsachestreitwertes (LSG Baden-Württemberg, 14. 2. 2007 – L 5 KR 2854/06 W-A -).</i>
8.	Gegenvorstellung
8.1	Gegen unanfechtbare Beschlüsse ist die Gegenvorstellung statthaft. Die Einlegung muß innerhalb eines Monats erfolgen (BSG, 8. 9. 1997 – 3 RK 27/95 -).
9.	Rechtswegbeschwerde
9.1	Im Verfahren über eine Rechtswegbeschwerde ist eine Entscheidung über den Streitwert zu treffen (BSG, 9. 2. 2006 – B 3 SF 1/05 R-). Der Streitwert beträgt 1/5 des Begehrens in der Hauptsache (LSG Baden-Württemberg, 30. 8. 2005 – L 9 SF 863/05 B -).
10.	Nichtzulassungsbeschwerde
10.1	<i>Der Streitwert bemisst sich gemäß § 47 Abs. 3 GKG nach dem Streitwert des Rechtsmittelverfahrens (BSG, 12. 9. 2006 – B 6 KA 70/05 B -).</i>

11.	Beschwerde gegen Festsetzung des Streitwerts
11.1	Das Gericht ist an keine Anträge gebunden. <i>Es gilt auch nicht das Verschlechterungsverbot (BSG, 5. 10. 2006 – B 10 LW 5/05 R –; vgl. auch B. I. 7).</i>
11.2	<i>Auf eine unzulässige Streitwertbeschwerde darf das Rechtsmittelgericht den Streitwert nicht von Amts wegen ändern (LSG Rheinland-Pfalz, 20. 7. 2006 – L 5 ER 130/06 KA –).</i>
11.3	<i>Der Rechtsanwalt kann aus eigenem Recht eine Streitwertbeschwerde erheben (§ 32 Abs. 2 RVG; LSG Nordrhein-Westfalen, 24. 2. 2006 – L 10 B 21/05 KA –); dies gilt nicht bei einer vorläufigen Festsetzung des Streitwerts (LSG Rheinland-Pfalz, 21. 12. 2006 – L 5 B 350/06 KA –).</i>
11.4	<i>Das Verfahren ist gebührenfrei (§ 68 Abs. 3 S. 1 GKG).</i>
11.5	<i>Außergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten (§ 68 Abs. 3 S. 2 GKG).</i>
12.	Abänderung des Streitwerts durch das Rechtsmittelgericht
12.1	<i>Für den Wert des Streitgegenstands des ersten Rechtszuges ist gemäß § 47 Abs. 2 GKG nicht der in erster Instanz festgesetzte, sondern der objektiv angemessene Streitwert maßgeblich. Die Abänderung der erstinstanzlichen Streitwertfestsetzung steht gemäß § 63 Abs. 3 S. 1 GKG im Ermessen des Rechtsmittelgerichts (BSG, 19. 9. 2006 – B 6 KA 30/06 B –).</i>
12.2	<i>Eine unterbliebene Streitwertfestsetzung kann vom Rechtsmittelgericht jedenfalls bei betragsmäßig von vornherein feststehendem und offensichtlich gleich gebliebenem Streitwert in erweiternder Auslegung des § 63 Abs. 3 S. 1 GKG nachgeholt werden (BSG, 5. 10. 2006 – B 10 LW 5/05 R –).</i>
13.	Einseitige Erledigungserklärung durch den Kläger
13.1	<i>Der Kläger hat nicht zwingend die Kosten gemäß § 197 a SGG i. V. m. § 155 Abs. 2 VwGO zu tragen, sondern das Gericht entscheidet nach billigem Ermessen (§ 161 Abs. 2 VwGO; LSG Nordrhein-Westfalen, 7. 3. 2005 – L 10 KA 36/03 –).</i>
14.	Verjährung
14.1	<i>Es gilt keine Verjährung für den Antrag auf Festsetzung des Streitwertes (BSG, 15. 2. 2001 – 6 RKA 20/83 –). Nach § 63 Absätze 1 und 2 GKG ist der Streitwert von Amts wegen festzusetzen.</i>
15.	Zurückweisung des Bevollmächtigten im Widerspruchsverfahren (§ 13 Abs. 5 SGB X); Klage des Bevollmächtigten.
15.1	<i>Höhe des Gebührenanspruchs des Bevollmächtigten für die begehrte Vertretung (LSG Baden-Württemberg, 3. 1. 2007 – L 13 AL 4889/05 W-B –).</i>

C. Streitwertkatalog

I.	Arbeitsförderungsrecht	
1.	Arbeitsgenehmigung (Arbeiterlaubnis, Arbeitsberechtigung) (§ 284 Abs. 1, Abs. 2 SGB III)	
1.1	Erteilung (§ 284 SGB III)	Wirtschaftliches Interesse des Unternehmers (HessLSG, 31. 8. 1998 – L 6 AL 1106/97 ER –).
1.2	Gebühr für die Erteilung (§ 287 Abs. 1, Abs. 2 SGB III, § 3 ASAV)	Höhe der Gebühr (BSG, 13. 12. 2000 – B 7 AL 58/99 R –).
2.	Arbeitnehmerüberlassung	
2.1	Erteilung der Erlaubnis (§ 2 AÜG)	Unmittelbares wirtschaftliches Interesse.
2.2	Rücknahme, Widerruf der Erlaubnis (§ 4, § 5 AÜG)	Unmittelbarer wirtschaftlicher »Schaden« (LSG Niedersachsen-Bremen, 6. 5. 2003 – L 8 AL 336/02 ER –) bzw. bei normalem Geschäftsbetrieb erzielbarer Unternehmensgewinn (Bay. LSG, 13. 12. 2006 – L 9 B 823/06 AL ER –); hilfsweise Regelstreitwert (LSG Niedersachsen-Bremen, 21. 1. 2003 – L 8 B 158/03 AL –).
2.3	<i>Auflage (§ 2 AÜG)</i>	<i>Regelstreitwert bei Klage des Arbeitnehmers und fehlenden Anhaltspunkten für das wirtschaftliche Interesse (SG Koblenz, 5. 9. 2006 – S 9 ER 102/06 AL –).</i>
3.	Zulassung als förderungsfähige Bildungsmaßnahme (§ 61, § 77 SGB III)	Hälfte des Streitwerts für die Genehmigung einer Ersatzschule: 15.000 € (Nr. 38.2 Streitwertkatalog Verwaltungsgerichtsbarkeit; LSG Baden-Württemberg, 4. 4. 2005 – L 13 AL 219/05 W-A –).
4.	Eingliederungszuschüsse (§§ 217 ff. SGB III)	Keine Streitwertfestsetzung, da gerichtskostenfrei nach § 183 SGG (BSG, 22. 9. 2004 – B 11 AL 33/03 R –).

5.	Erstattungspflicht des Arbeitgebers (§ 147 a SGB III)	
5.1	Grundlagenbescheid	Regelstreitwert (BSG, 22. 3. 2001 – B 11 AL 91/00 R; 4. 9. 2001 – B 7 AL 6/01 R –).
5.2	Abrechnungsbescheid	Höhe der Erstattungsforderung (BSG, 3. 3. 1998 – 11 RAr 103/96 –).
6.	Kurzarbeitergeld, Klagen des Arbeitnehmers oder der Betriebsvertretung (§§ 169 ff. SGB III)	Keine Streitwertfestsetzung, da gerichtskostenfrei nach § 183 SGG (Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer, SGG, 8. Aufl., § 183 Rn. 6).
7.	Vermittlungsgutschein (§ 421 g SGB III)	
7.1	Ausstellung des Vermittlungsgutscheins	Wert des Gutscheins.
7.2	Ablehnung der Auszahlung der Vermittlungsvergütung	<i>Der Vermittler ist kein Leistungsempfänger im Sinne des § 183 SGG (BSG, 6. 4. 2006 – B 7 a AL 56/05 R-); 1.000 € als Teilbetrag der ersten oder zweiten Rate (LSG Sachsen, 16. 2. 2005 – L 3 B 64/04 AL-; 20. 7. 2005 – L 3 AL 132/04 –).</i>
8.	Winterbau – Umlage (§§ 354 ff. SGB III)	
8.1	Grundlagenbescheid	Regelstreitwert.
8.2	Festsetzung der Umlagenhöhe	Dreifacher Jahresbetrag der Umlage (BSG, 20. 6. 1995 – 10 RAr 7/94 –).
9.	Anzeigepflichtige Entlassungen (§§ 17 ff. KSchG); Klage eines Arbeitnehmers gegen den Bescheid der Bundesagentur	<i>Der Arbeitnehmer ist kein Versicherter im Sinne des § 183 SGG; Regelstreitwert (LSG Baden-Württemberg, 8. 1. 2007 – L 9 AL 3242/06 AK-A –).</i>
10.	Insolvenzgeld; Übertragung des Anspruchs auf Arbeitsentgelt auf einen Dritten (§ 188 Abs. 1 SGB III)	<i>Dritter ist Leistungsempfänger im Sinne des § 183 SGG; kein Fall der Rechtsnachfolge nach § 183 S. 2 SGG (BSG, 5. 12. 2006 – B 11 a AL 19/05 R –).</i>
II.	Aufsichtsrecht	
1.	Genehmigung zur Errichtung oder Erweiterung einer Krankenkasse (§§ 147 ff., §§ 157 ff. SGB V, §§ 87 ff. SGB IV)	Bedeutung der Sache: bei bis zu 1.000 betroffenen Pflichtmitgliedern 20-facher, bei bis zu 5.000 Pflichtmitgliedern 30-facher Regelstreitwert (BSG, 12. 12. 1996 – 1 RR 5/90 –).
2.	Genehmigung zur Ermäßigung der Beiträge einer Krankenkasse (§ 220 Abs. 3 SGB V)	Dreifacher Regelstreitwert (LSG Baden-Württemberg, 9. 2. 2005 – L 1 A 5378/04 W-B); bei Erwartung eines konkreten Mitgliederzuwachses wie II.1. (LSG Schleswig-Holstein, 4. 3. 2004 – L 1 B 23/04 KR ER –).
3.	Genehmigung der Verlegung des Sitzes einer Krankenkasse (§ 195 SGB V i.V.m. Satzung)	Regelstreitwert (LSG Berlin-Brandenburg, 9. 9. 2005 – L 24 B 1038/05 KR ER –).
III.	Beitragsrecht	
1.	Gesamtsozialversicherungsbeitrag (§ 28 d, § 28 e SGB IV)	Höhe der Forderung (BSG, 1. 6. 2006 – B 12 KR 34/05 B –).
2.	Säumniszuschlag (§ 24 SGB IV)	
2.1	Von der Hauptforderung getrennte Erhebung	Höhe der Forderung.
2.2	Erhebung zusammen mit der Hauptforderung	a) als Nebenforderung nicht zu berücksichtigen nach § 43 Abs. 1 GKG analog (»Zinsen«) (LSG Rheinland-Pfalz, 3. 11. 2005 – L 5 B 192/05 KR –). b) streitwerterhöhend zu berücksichtigen bei Haftungsbescheid gegenüber Gesellschafter einer Vor-GmbH (§ 11 Abs. 2 GmbHG) (LSG Rheinland-Pfalz, 2. 12. 2005 – L 2 B 129/05 R –).
3.	Künstlersozialversicherung (KSVG)	
3.1	Erfassungsbescheid gegenüber einem Unternehmer nach §§ 23 ff. KSVG	<i>Betrag der zu erwartenden Künstlersozialabgabe in den ersten drei Jahren (BSG, 30. 5. 2006 – B 3 KR 7/06 R –).</i>
3.2	Beitragsbescheid gegen einen Unternehmer	<i>Höhe der festgesetzten Künstlersozialabgabe. Keine Erhöhung nach § 42 Abs. 3 S. 1 GKG (wiederkehrende Leistungen), da jahresbezogene einmalige Leistung (BSG, 7. 12. 2006 – B 3 KR 2/06 R –).</i>
IV.	Krankenversicherung	
1.	Klage des Herstellers gegen das Hilfsmittelverzeichnis (§ 128, § 33 SGB V)	
1.1	Änderung einer Produktgruppe	5 v.H. des durchschnittlichen Jahresumsatzes in einem Zeitraum von zwei Jahren (LSG Baden-Württemberg, 17. 10. 2005 – L 5 KR 2351/05 W-A –).

1.2	Streichung einer Produktuntergruppe	Gewinn in einem Zeitraum von fünf Jahren (LSG Baden-Württemberg, 15. 6. 2005 – L 11 KR 1158/05 W-A –), hilfsweise mehrfacher Regelstreitwert.
2.	Krankentransportleistungen (§ 133 SGB V)	
2.1	Abschluß einer Vergütungsvereinbarung	Dreifacher Betrag der zu erwartenden Einnahmen (LSG Berlin-Brandenburg, 27. 11. 2003 – L 4 B 75/03 KR ER –), hilfsweise dreifacher Regelstreitwert.
3.	Erstattung von Arbeitgeberaufwendungen bei Entgeltfortzahlung (§ 1 des Aufwendungsausgleichsgesetzes – AAG –; bis 31. 12. 2005: § 10 LFZG)	Keine Streitwertfestsetzung, da gerichtskostenfrei nach § 183 SGG (BSG, 20. 12. 2005 – B 1 KR 5/05 B –).
4.	Mitgliederwerbung	Regelstreitwert (LSG Rheinland-Pfalz, 3. 5. 2005 – L 1 ER 11/05 KR –, 14. 6. 06 – L 5 ER 57/06 KR–; LSG Saarland, 21. 6. 2006 – L 2 B 5/06 KR –).
5.	Sonderkündigungsrecht der Mitglieder (§ 175 Abs. 4 Satz 5 SGB V), (unzulässiges) Feststellungsbegehren zwischen Krankenkassen	Wirtschaftliche Bedeutung der Sache: wie bei II.1.
6.	Feststellung der Versicherungspflicht durch die Einzugsstelle (Krankenkasse; § 28 h SGB IV) (§ 25 Abs. 1 S. 1 SGB III, § 5 Abs. 1 Nr. 1 SGB V, § 1 S. 1 Nr. 1 SGB VI, § 20 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 SGB XI)	
6.1	Klage des Arbeitnehmers	Keine Streitwertfestsetzung, da gerichtskostenfrei nach § 183 SGG.
6.2	Klage des Arbeitgebers	Höhe der Beiträge.
7.	Zulassungstreitigkeiten	
7.1	Krankenhäuser und Rehabilitationseinrichtungen (§§ 108 ff. SGB V)	Überschuß aus den Gesamteinnahmen und den Betriebsausgaben innerhalb von drei Jahren; Vergleichsberechnung anhand bestehender Einrichtungen gleicher Art und Größe möglich (BSG, 10. 11. 2005 – B 3 KR 36/05 B –); bei fehlendem Zahlenmaterial pauschaler Streitwert von 2.500.000 € (BSG, 11. 11. 2003 – B 3 KR 8/03 B –).
7.2	Nichtärztliche Leistungserbringer (§ 124, § 126 SGB V)	Überschuß aus den Gesamteinnahmen und den Betriebsausgaben innerhalb von drei Jahren; Vergleichs-Berechnung anhand bestehender Praxen gleicher Art und Größe möglich (BSG 10. 11. 2005 – B 3 KR 36/05 B).
7.3	Widerruf der Zulassung zur Abgabe von Hilfsmitteln (§ 126 Abs. 4 SGB V)	Fünf Prozent der Bruttoauftragssumme entsprechend § 50 Abs. 2 GKG; bei weit in die Zukunft hineinragenden Genehmigungen für drei Jahre (LSG Baden-Württemberg, 10. 10. 2006 – L 5 KR 897/06 W-A –).
8.	Vergütung von Krankenhausbehandlungen (§ 109 Abs. 4 S. 3 SGB V i. V. m. dem Krankenhausbehandlungsvertrag nach § 112 Abs. 2 Nr. 1 SGB V)	Höhe der Vergütung.
9.	Feststellung der Eignung für die Leitung eines ambulanten Krankenzustellendienstes (§ 132 a Abs. 2 SGB V)	Zu schätzender Betrag der künftigen verminderten Einkünfte für drei Jahre (BSG, 7. 12. 2006 – B 3 KR 5/06 R –).
10.	Arzneimittelabrechnung im Datenträgeraustauschverfahren (§ 300 SGB V)	Voraussichtliche Kosten der Umstellung des Abrechnungsverfahrens (LSG Nordrhein-Westfalen, 6. 10. 2005 – L 16 KR 232/04 –).
V.	Pflegeversicherung	
1.	Zulassung zur Pflege durch Versorgungsvertrag (§ 72 SGB XI)	Wie bei Nr. IV.7.2.
2.	Kündigung des Versorgungsvertrages (§ 74 SGB XI)	Erzielbare Einnahmen für drei Jahre (Hess. LSG, 26. 9. 2005 – L 14 P 1300/00–; LSG Berlin-Brandenburg, 31. 8. 2006 – L 24 B 31/06 P ER –).
3.	Pflegesatzvereinbarung; Auskunftsklage zur Vorbereitung einer Zahlungsklage (§§ 82 f. SGB XI)	Grad der Abhängigkeit der Durchsetzbarkeit der Ansprüche von der Auskunft, i. d. R. ein Fünftel des Zahlungsanspruches (LSG Schleswig-Holstein, 14. 10. 2005 – L 3 P 4/05 –).
4.	Private Pflegeversicherung	
4.1	Übergang von Ansprüchen im Wege der Gesamtrechtsnachfolge	Jedenfalls bei Ehegatten findet die Kostenprivilegierung des § 183 S. 1 SGG entsprechende Anwendung (BSG, 28. 9. 2006 – B 3 P 3/05 R –).

VI.	Rentenversicherung	
1.	Betriebsprüfung, Feststellung der Versicherungspflicht (§ 28 p SGB IV)	
1.1	Klage des Arbeitnehmers	Keine Streitwertfestsetzung, da gerichtskostenfrei nach § 183 SGG.
1.2	Klage des Arbeitgebers	Höhe der Beiträge.
2.	Anfrageverfahren (§ 7 a SGB IV)	
2.1	Klage des Arbeitnehmers	Keine Streitwertfestsetzung, da gerichtskostenfrei nach § 183 SGG.
2.2	Klage des Arbeitgebers	<i>Dreifacher Regelstreitwert angesichts der Bedeutung des zukunftsgerichteten Verfahrens (Bay. LSG, 29. 11. 2006 – L 5 B 572/06 KR –).</i>
3.	Klage eines Geldinstituts gegen Rücküberweisung von Rentenleistungen (§ 118 Abs. 3 S. 2 SGB VI)	Höhe des Betrags.
VII.	Sozialhilfe	
1.	Abschluß von Vereinbarungen mit Einrichtungen (§§ 75 f. SGB XII)	Gewinn bzw. <i>Mindereinnahmen</i> im angestrebten Vereinbarungszeitraum (<i>LSG Baden-Württemberg, 13. 7. 2006 – L 7 SO 1902/06 ER-B –</i>).
2.	Erteilung einer Auskunft über die Einkommens- und Vermögensverhältnisse (§ 117 SGB XII)	Hälfte des Regelstreitwerts.
VIII.	Unfallversicherung	
1.	Anfechtung der Wahl der Vertreterversammlung (§ 46, § 57 SGB IV)	Regelstreitwert (<i>LSG Baden-Württemberg, 06. 8. 2004 – L 7 U 3170/04 W-A –</i>); vgl. auch IX. 14.
2.	Beitragsforderung (§ 150, § 168 SGB VII); Gefahrarif, Gefahrklassen (§§ 157 f. SGB VII)	
2.1	<i>Veranlagungsbescheid</i>	<i>Das Zweifache des Differenzbetrages zwischen dem geforderten und dem bei einem Erfolg der Klage zu erwartenden Jahresbeitrag, mindestens der dreifache Regelstreitwert (BSG, 3. 5. 2006 – B 2 U 415/06 B–; a.A.: LSG Baden-Württemberg, 25. 9. 2006 – L 10 U 1403/06 W-A [L 10 U 2726/05] –; Tatsächliche bzw. zu erwartende Beitragslast für die ersten drei Umlagejahre, sofern der Gefahrarif keine kürzere Laufzeit hat; bei Nichtfeststellbarkeit der erstrebten Beitragsersparnis die Hälfte der Beitragslast für die ersten drei Beitragsjahre).</i>
2.2	Beitragsbescheid	Höhe der Forderung.
3.	Mitgliedschaft bei Berufsgenossenschaft (§§ 121 f., § 136 SGB VII); Zuständigkeitsstreit	<i>Dreifacher Jahresbeitrag des Unfallversicherungsträgers, gegen dessen Zuständigkeit sich der Kläger wendet, mindestens der vierfache Regelstreitwert (BSG, 28. 2. 2006 – B 2 U 31/05 R–; 9. 5. 2006 – B 2 U 34/05 R –).</i>
4.	Versicherungspflicht als Unternehmer (§ 2 SGB VII)	Keine Streitwertfestsetzung, da gerichtskostenfrei nach § 183 SGG, wenn zugleich Versicherter (<i>LSG Sachsen, 2. 5. 2005 – L 2 B 236/04 U/LW/ER –; 22. 11. 2005 – L 2 B 206/05 U –; Bay. LSG, 29. 6. 2005 – L 1/3 U 291/04 –; a.A.: Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer, SGG, 8. Aufl., § 183 Rn. 5).</i>
IX.	Vertragsarztrecht	
1.	Genehmigung zur Erbringung und Abrechnung von Leistungen außerhalb der Zulassung (§ 72 Abs. 2, § 82 Abs. 1 S. 1 SGB V i.V.m. den Verträgen)	– beim Vorhandensein von Umsatzzahlen oder Umsatzerwartungen: Honorareinnahmen abzüglich der Praxiskosten für zwei Jahre (<i>LSG Sachsen, 10. 5. 2004 – L 1 B 2/03 KA-ER –</i>) – ansonsten: Regelstreitwert (<i>BSG, 26. 2. 1996 – 6 RKa 20/95 –</i>).
2.	Anstellung eines Arztes in der Vertragsarztpraxis (§ 95 Abs. 9, § 115, § 98 Abs. 2 Nr. 13 i.V.m. Zulassungsverordnung)	– bei einem Dauerassistenten: 80 v.H. der zu erwartenden Umsatzsteigerung für zwei Jahre abzüglich der Praxiskosten und des Gehalts (<i>BSG, 7. 1. 1998 – 6 RKa 84/95 –</i>) – bei einem Vorbereitungsassistenten: Regelstreitwert; im Sonderfall einer nachträglichen Genehmigung: die Mehreinnahmen (<i>LSG Niedersachsen-Bremen, 26. 9. 2005 – L 3 B 16/05 KA –</i>).
3.	Belegarzt (§ 121 SGB V, Vertrag nach § 82 Abs. 1 SGB V)	Honorareinnahmen abzüglich der Betriebskosten für drei Jahre (<i>Wenner/Bernard, NZS 2006, 1, 4).</i>

4.	Budgetierungsmaßnahmen (§ 87 Abs. 1 S. 1 SGB V, einheitlicher Bewertungsmaßstab)	
4.1	Budgeterweiterung	Differenz der Fallpunktzahl im streitigen Zeitraum, hilfsweise für zwei Jahre; dabei ist der Punktwert des letzten vor Klageerhebung abgerechneten Quartals zugrunde zu legen (LSG Sachsen, 23. 10. 2002 – L 1 B 66/02 KA –; LSG Baden-Württemberg, 22. 9. 1998 – L 5 KA 2660/98 W-B –).
4.2	Budgetüberschreitung	Höhe der Honorarkürzung.
4.3	Budgetfreistellung	Regelstreitwert.
4.4	Fallzahlzuwachsbegrenzung (§ 85 Abs. 4 SGB V, Honorarverteilungsmaßstab)	Höhe der Honorarkürzung.
5.	Disziplinarmaßnahmen (§ 81 Abs. 5 SGB V i.V.m. Disziplinarordnung)	
5.1	Verwarnung, Verweis, Geldbuße	Regelstreitwert zuzüglich des Betrages der Geldbuße (BSG, 1. 2. 2005 – B 6 KA 70/04 B –).
5.2	Anordnung des Ruhens der Zulassung	Mutmaßlicher Umsatz im Ruhezeitraum abzüglich der Praxiskosten, Zuschlag von 25 v.H. wegen der Folgewirkungen (u.a. »Abwandern« von Patienten) (Bay.LSG, 23. 6. 1993 – L 12 B 163/92 Ka –).
6.	Ermächtigung (§ 98 Abs. 2 Nr. 11 SGB V i.V.m. Zulassungsverordnung)	
6.1	persönliche Ermächtigung von Krankenhausärzten zur Teilnahme an der vertragsärztlichen Versorgung (§ 116 SGB V)	– erzielbare Einnahmen abzüglich der Praxiskosten und Abgaben an das Krankenhaus im streitigen Zeitraum (BSG, 6. 9. 1993 – 6 RKa 25/91 –) – bei Streit über Inhalt bzw. Umfang der erteilten Ermächtigung: Regelstreitwert.
6.2	Ermächtigung ärztlich geleiteter Einrichtungen (§§ 117 bis 120 SGB V)	Bruttoeinnahmen im streitigen Zeitraum abzüglich der Einnahmen aus erteilten oder zu Unrecht nicht erteilten Ermächtigungen, bei fehlenden Anhaltspunkten: pauschaler Abzug von 50 v.H. (BSG, 21. 12. 1995 – 6 RKa 7/92 –), a.A.: LSG Berlin, 15. 12. 1998 – L 7 KA S 53/98 – dreifacher Jahresbetrag des Einkommens abzüglich der Praxisunkosten.
6.3	Konkurrentenklage gegen Ermächtigung	Im Einzelfall zu schätzender Anteil der Umsatzeinbuße der von der Ermächtigung betroffenen Leistungen abzüglich der Praxiskosten (BSG, 24. 2. 1997 – 6 BKa 54/95 –).
6.4	<i>Ermächtigung zur Teilnahme an der vertragspsychotherapeutischen Versorgung</i>	<i>Geschätzter Jahresgewinn für den streitigen – im Regelfall zweijährigen – Zeitraum (BSG, 19. 7. 2006 – B 6 KA 33/05 B –).</i>
7.	Gemeinschaftspraxis (§ 98 Abs. 2 Nr. 13 SGB V i.V.m. Zulassungsverordnung)	
7.1	Genehmigung	Schätzung anhand der Einkommensverhältnisse und der Schwierigkeit der Angelegenheit (BSG, 6. 1. 1984 – 6 RKa 7/81 –).
7.2	Anordnung der Auflösung	Regelstreitwert (LSG Hessen, 6. 1. 2003 – L 7 KA 1116/02 ER –).
7.3	Vergütungsanspruch	Keine Berechnung von Einzelstreitwerten, da Gesellschaft bürgerlichen Rechts (BSG, 20. 10. 2004 – B 6 KA 15/04 R –).
7.4	Genehmigung der Verlegung des Vertragsarztsitzes durch den Praxispartner; Klage des verbleibenden Praxispartners	Dreifacher Regelstreitwert (entspr. Nr. IX.16.4.: BSG, 14. 3. 2002 – B 6 KA 60/00 B –).
8.	Gesamtvergütung, Klage der KÄV/KZÄV gegen die Krankenkasse (§ 85 Abs. 1, 2 SGB V)	Höhe des Zahlungsanspruchs.
9.	Verlangen der Herausgabe von Krankenunterlagen eines Arztes zur Prüfung eines Schadensregresses	Bei geringem in Betracht kommenden Schadensregreßbetrag: Hälfte des Regelstreitwertes (LSG Baden-Württemberg, 25. 6. 1997 – L 5 Ka 855/97 W-A –).
10.	Honorarstreitigkeiten (§ 85 Abs. 4 f. SGB V)	
10.1	Honoraransprüche oder Honorarberchtigungen	Höhe des geltend gemachten Honorars oder der vorgenommenen Honorarberchtigung (BSG, 6. 11. 1996 – 6 RKa 19/95 –; LSG Nordrhein-Westfalen, 18. 4. 2006 – L 10 B 1/06 KA –; 5. 7. 2006 – L 10 B 8/06 KA –) bei Zugrundelegung eines durchschnittlichen oder geschätzten Punktwertes (Wenner/Bernard, NZS 2001, 57, 61).

10.2	Einheitlicher Bewertungsmaßstab (EBM) (§ 87 Abs. 1 S. 1 SGB V)	Bei Abwertung von Leistungspositionen: Höhe der Honorarreinbuße (BSG, 15. 11. 1996 – 6 RKA 49/95; 6. 2. 1997 – 6 RKA 48/95 –); wenn nicht konkretisierbar: Regelstreitwert (BSG, 10. 5. 2004 – B 6 KA 129/03 B –).
10.3	Abrechenbarkeit einer Gebührennummer (§ 87 Abs. 1 S. 1 SGB i.V.m. EBM)	Wert der Leistung für ein Jahr (vgl. Nr. IX. 10.4.2.).
10.4	Honorarverteilungsmaßstäbe (HVM) (§ 85 Abs. 4 SGB V)	
10.4.1	Zuordnung zum Honorarfonds der Fachärzte	Höhe der Nachvergütung der streitigen Quartale (LSG Sachsen, 27. 1. 2005 – L 1 KA 6/04 –).
10.4.2	Zuordnung zu anderer Arztgruppe (EBM)	Nachvergütungsbetrag eines Quartals mal vier (ein Jahr; BSG, 20. 10. 2004 – B 6 KA 15/04 R –).
10.5	Praxiskosten	Kein Abzug vom Streitwert (<i>Wenner/Bernard</i> , NZS 2001, 57, 61).
10.6	Fallpunktzahlmenge (§ 85 Abs. 4 f. SGB V)	Differenz der abgerechneten und der maximal zustehenden Punkte (BSG, 5. 5. 2000 – B 6 KA 71/97 –; 9. 5. 2000 – B 6 KA 72/97 R –).
10.7	Zusätzliches Honorar bei »fachfremder« Behandlung (Überweisungsverbot; zulassungsrelevante Entscheidung) (§ 73 SGB V)	Erzielbare Einnahmen für drei Jahre unter Abzug der Praxiskosten; bei einem Überweisungsverbot unter Abzug der erzielbaren Einnahmen aus dem »Verkauf« an andere Vertragsärzte (BSG, 3. 3. 1997 – 6 RKA 21/95 –).
10.8	(unzulässige) vorbeugende Unterlassungsklage gegen Honorarbescheid	Regelstreitwert (LSG Niedersachsen-Bremen, 7. 10. 2005 – L 3 KA 139/05 ER –).
10.9	Verhinderung einer Honorarverteilung durch Schiedsspruch (Weitergeltung der früheren günstigeren Honorarverteilung; § 89 SGB V)	50.000 € (LSG Niedersachsen-Bremen, 22. 12. 2004 – L 3 KA 368/04 ER).
11.	Notdienst (§ 75 Abs. 1 S. 2 SGB V i.V.m. Satzungsregelung der KÄV/KZÄV, § 81 SGB V)	
11.1	Abberufung als Vorsitzender der Notdienstkommission	Regelstreitwert (LSG Sachsen, 15. 7. 2002 – L 1 B 12/02 KA –).
11.2	Befreiung vom Notdienst	Regelstreitwert (LSG Schleswig-Holstein, 25. 2. 2005 – L 4 B 32/04 KA ER –; LSG Hessen, 25. 2. 2005 – L 6/7 B 99/04 KA –; LSG Niedersachsen-Bremen, 25. 8. 2005 – L 3 KA 74/05 ER –).
11.3	Eingliederung von Fachärzten in den allgemeinen Notdienst	Regelstreitwert (SG Dresden, 10. 2. 2005 – S 11 KA 260/04 –).
11.4	Klage auf Teilnahme am Notdienst	zusätzliche Honorarsumme im Quartal für zwei Jahre (LSG Niedersachsen-Bremen, 11. 8. 2005 – L 3 KA 78/05 ER –).
11.5	Vertretung für den Notfalldienst	Kosten der Vertretung (LSG Rheinland-Pfalz, 29. 8. 1977 – L 6 Ka 5/76 –).
12.	Praxisübernahme	
12.1	Praxiskauf	Kaufpreis (LSG Berlin, 23. 9. 1997 – L 7 Ka-SE 27/97 –).
12.2	Antrag auf zusätzliche Zulassung bei angestrebtem Praxiskauf	Siehe Erstzulassung (vgl. Nr. IX. 16.4.), da Zulassungsstreit (LSG Baden-Württemberg, 27. 8. 1999 – L 5 KA 1576/99 W-B –).
13.	Schiedsverfahren (§ 89 SGB V)	Regelstreitwert (LSG Niedersachsen, 20. 9. 2001 – L 3 B 252/01 KA –).
14.	Wahlanfechtung (§ 80, § 81 Abs. 1 Nr. 2 SGB V i.V.m. Wahlordnung)	Regelstreitwert; <i>mehrfacher Regelstreitwert (§ 39 Abs. 1 GKG), wenn die Besetzung mehrerer Positionen angefochten wird, für die jeweils gesonderte Wahlhandlungen vorgesehen sind. Die Zahl der die Wahlanfechtungen betreibenden Kläger ist ohne Bedeutung (BSG, – 14. 9. 2006 – B 6 KA 24/06 B–; 19. 9. 2006 – B 6 KA 30/06 B –).</i>
15.	Wirtschaftlichkeitsprüfung (§ 106 SGB V)	
15.1	Beratung (§ 106 Abs. 1 a SGB V)	Ein Viertel des Regelstreitwertes (Bay.LSG, 7. 9. 1998 – L 12 B 350/97 KA –).
15.2	Bescheidungsantrag bei Honorarkürzung oder Regreß	Höhe des Kürzungs- oder des Regreßbetrages ohne Abschlag (BSG, 23. 2. 2005 – B 6 KA 72/03 R –); <i>dies gilt auch bei einer Klage der Krankenkasse gegen die Ablehnung eines Regresses; keine Herabsetzung, wenn auch Versicherte anderer Kassen betroffen sind, mit Ausnahme einer Einzelfallprüfung (LSG Rheinland-Pfalz, 24. 8. 2006 – L 5 KA 201/06 KA –).</i>

15.3	Honorarkürzung oder Regreß	Höhe des Kürzungs- oder des Regreßbetrages (BSG, 15. 6. 1998 – 6 RKA 40/96 –); wenn nur eingeschränkte Anfechtung in nicht quantifizierbarem Umfang: Hälfte der Differenz zwischen dem zuerkannten und dem abgerechneten Honorar (LSG Niedersachsen-Bremen, 19. 8. 2003 – L 3 B 38/03 KA –).
16.	Zulassungsverfahren von Ärzten, Zahnärzten und Psychotherapeuten (§ 95 SGB V i.V.m. der Zulassungsverordnung nach § 98 SGB V)	
16.1	Eintragung in das Arztregister als Vorstufe der Zulassung (§§ 95 a, 95 c SGB V)	<ul style="list-style-type: none"> – bei faktischer Vorwegnahme der Zulassung: Höhe der Einnahmen wie bei Nr. IX. 16.4 – im übrigen: Höhe der Einnahmen in dem streitigen Zeitraum der Weiterbildung (BSG, 21. 3. 1997 – 6 RKA 29/95 –).
16.2	Einstweilige Anordnung	Höhe der Einnahmen (wie bei Nr. IX.16.4) während der voraussichtlichen Verfahrensdauer von einem Jahr ohne Abschlag (Wenner/Bernard, NZS 2001, 57, 59; 2003, 568, 571; 2006, 1, 3 f.).
16.3	Entziehung der Zulassung	Wie bei Nr. IX.16.4, wobei auf die konkret erzielten Umsätze zurückgegriffen werden kann (BSG, 7. 4. 2000 – B 6 KA 61/99 B –).
16.4	Erstzulassung	<ul style="list-style-type: none"> – Höhe der bundesdurchschnittlichen Umsätze der Arztgruppe (in den neuen Bundesländern: Durchschnitt dieser Länder) abzüglich des durchschnittlichen Praxiskostenanteils in einem Zeitraum von drei Jahren (BSG, 1. 9. 2005 – B 6 KA 41/04 R –; 12. 10. 2005 – B 6 KA 47/04 B –) – bei fehlenden Daten bzgl. Umsätzen und Praxiskostenanteilen: Rückgriff auf durchschnittliche Werte aller Arztgruppen (BSG, 12. 10. 2005 – B 6 KA 47/04 B –) – bei fehlenden Daten bzgl. Praxiskostenanteilen: Rückgriff auf einen »pauschal gegriffenen Kostensatz« von 50 v.H. (BSG, 12. 10. 2005 – B 6 Ka 47/04 B –) – Unterschreiten des »Berechnungszeitraums« von drei Jahren möglich, wenn kürzere Tätigkeit zu erwarten ist (BSG, 28. 1. 2000 – B 6 KA 22/99 R –) – <i>in einem atypischen Fall, in welchem die durchschnittlichen Umsätze der Arztgruppe dem wirtschaftlichen Interesse des Arztes nicht annähernd entsprechen, ist für jedes Quartal des Dreijahreszeitraums der Regelstreitwert ohne Abzug von Praxiskosten anzusetzen</i> (BSG, 12. 9. 2006 – B 6 KA 70/05 B –).
16.5	Erteilung einer weiteren Zulassung	Mehreinnahmen innerhalb eines Zeitraumes von drei Jahren (BSG, 11. 11. 2005 – B 6 KA 12/05 B –).
16.6	Konkurrentenklage gegen Zulassung	<ul style="list-style-type: none"> – Zulassung: dreifacher Regelstreitwert (a.A.: (Mehr-)Einnahmen einer durchschnittlichen Praxis innerhalb von drei Jahren, SG Dresden, 8. 3. 2001 – S 1 KA 202/00 KO –). – Praxisübernahme: Durchschnittsumsatz in der Arztgruppe ohne Abzug von Praxiskosten (Wenner/Bernard, NZS 2001, 57, 60).
16.7	Nebenbestimmungen zu einer Zulassung (Bedingung)	Wie bei Nr. IX.16.4.
16.8	Verlegung des Arztsitzes	Dreifacher Regelstreitwert (Wenner/Bernard, NZS 2001, 57, 60).
16.9	Weiterführung von Behandlungen nach Versagung der Zulassung zur vertragspsychotherapeutischen Versorgung	Zu erwartendes Honorar (BSG, 8. 4. 2005 – B 6 KA 52/04 B –).
16.10	Zweigpraxis	Dreifacher Regelstreitwert (Wenner/Bernard, NZS 2003, 568, 572).
16.11	Erteilung einer Nebentätigkeitsgenehmigung als Konsiliararzt	Voraussichtliche Honorareinnahmen für drei Jahre abzüglich der Betriebskosten (LSG Nordrhein-Westfalen, 24. 2. 2006 – L 10 B 21/05 KA –).